

Analyse statt „Aufbruch statt Weiter so“

Eine Antwort auf den Text des LKS „Aufbruch statt Weiter so“ von Tilman Loos

Das Spiel ist bekannt: Nach einer Wahl beginnt die Schlacht um die Deutung des Wahlergebnisses. Echtes Erkenntnisinteresse gibt es selten, es überwiegen rein instrumentelle Ansätze, die das jeweilige Ergebnis jeweils als Bestätigung der eigenen Auffassungen und Widerlegung der Auffassungen anderer verstanden wissen wollen. Diejenigen, die sich aktuell und in der Vergangenheit irgendwie zu kurz gekommen fühlen und gerne „an der Tüte“ wären, erzählen dann, es brauche wahlweise einen „Kurswechsel“, einen „personellen Neuanfang“, eine „Neuaufstellung“ oder so ähnlich denn die wie auch immer geartete alte Führung habe versagt und das Wahlergebnis sei a) schlecht und b) natürlich die Schuld der anderen. Andersherum neigen natürlich diejenigen, die bisher in Führungspositionen waren, ab und an gleichsam dazu, Wahlergebnisse etwas besser zu bewerten und in Zusammenhang mit der eigenen Arbeit zu bringen.

Man hätte also schon fast die Uhr danach stellen können: Die Wahl ist vorbei – wann kommt eigentlich die zu erwartende instrumentelle Wahlbewertung (von Auswertung kann keine Rede sein) des Liebknecht-Kreises (genauer: seiner Sprecher*innen, das einzelne Mitglied kann womöglich Garnichts dafür), der ja schon nach der Landtagswahl 2014 ein Papier vorgelegt hat, von dem man gutmeinend sagen konnte, dass es vor Fehlern und Irrtümern triefte und weniger wohlmeinend von falschen Tatsachenbehauptungen wider besseren Wissens sprechen konnte.

Fehler in der Analyse

Nicht wesentlich besser sieht das Papier vom 11. Oktober 2017 („Aufbruch statt Weiter so“) aus. Zunächst sprechen die Verfasser*innen¹ davon, das Motto des Bundestagswahlkampfes „Kein ‚Weiter so‘“ aufzunehmen zu wollen. Dumm nur, dass es dieses Motto gar nicht gab – selbst die möglicherweise gemeinte eine Großfläche fasste einen etwas anderen Text.

Nicht der einzige Fehler: Die Verfasser*innen behaupten, die AfD sei im Westen drittstärkste Partei geworden. Richtig ist: Drittstärkste Partei im Westen ist die FDP mit 11,4%. (AfD: 10,7%). Im Beitrag des LKS steht weiterhin, DIE LINKE in Sachsen habe zur letzten Bundestagswahl ein Fünftel ihrer Wählerschaft und seit 2009 sogar ein Drittel verloren. Dem ist entgegenzuhalten: Die Ergebnisse am Wahlabend werden als Anteile der abgegebenen, gültigen Stimmen angegeben und sagen daher nur sehr wenig über die (Ab-)Wanderung der eigenen Wählerschaft (der Vorjahre) aus. Ein Beispiel zur Einstimmung: Wenn in einem Raum 100 Personen wahlberechtigt sind, aber nur 50 dieser 100 Personen wählen gehen und sich für „DIE LINKE“ entscheiden, dann hat die LINKE 100%. Wenn bei der nächsten Wahl diese 50 erneut wählen gehen und DIE LINKE wählen, aber zusätzlich auch die vormaligen 50 Nichtwähler*innen wählen gehen und bspw. die CDU wählen, hat DIE LINKE danach nur noch 50% (statt 100% zuvor) – aber dennoch niemanden aus ihrer Wählerschaft verloren. Um die Wählerschaft zu untersuchen, muss man sich also die Entwicklung der Stimmen anschauen – und dies am besten bereinigt um die Zahl der Wahlberechtigten, um demographische Effekte (wie sinkende Zahl an Wahlberechtigten in Folge sinkender Bevölkerungszahlen) auszuklammern. Richtig ist: DIE LINKE in Sachsen hat bei den gültigen Stimmen nur noch einen Anteil von 16,08% (2013: 20,02%, 2009: 24,48%). Von allen Wahlberechtigten in Sachsen holte DIE LINKE bei dieser Wahl 11,98% (2013: 13,71%, 2009: 15,67%). Im Saldo (!) heißt das, DIE LINKE hat von 2013 auf 2017 ca. 12,6% ihrer Wählerschaft verloren (was nach Adam Ries kein Fünftel, sondern etwa ein Achtel ist) und von 2009 auf 2017 23,58% ihrer Wählerschaft – was kein Drittel, sondern knapp ein Viertel ist. Das ist alles andere als berauschend, aber eben nicht das, was vom Liebknecht-Kreis (folgend nur „LKS“) behauptet wird.

¹ Mit „Verfasser*innen“ oder „Autor*innen“ wird hier und folgend der Sprecher*innenrat des LKS benannt, der das Papier beschlossen hat.

Die sächsischen Ergebnisse

Das sächsische Wahlergebnis führen die Verfasser*innen - reichlich unmarxistisch und blind für gesellschaftliche Veränderungen – im Wesentlichen auf den sächsischen Landesverband zurück. So heißt es:

„Sie [die herben Verluste] sind [...] die Quittung für ein politisches Versagen auch der sächsischen Linken“, „Nicht zu bestreiten ist, dass der Aufstieg der Rechtspopulisten ein erhebliches Versagen der LINKEN signalisiert“, „Das bittere Wahlergebnis vom 24. September 2017 zeugt vom weiteren Niedergang des Landesverbandes“ und es liege „auch ein deutliches subjektives Versagen des bisherigen Führungspersonals im Landesverband vor, das öffentlich benannt werden muss“.

Ich möchte mich im Folgenden nur kurz mit den sächsischen Ergebnissen auseinandersetzen, da ich mich noch mit einer umfangreicheren Auswertung beschäftige (die aber etwas Zeit braucht, da bei ihr das Ergebnis nicht von vornherein feststeht). Daher soll an dieser Stelle das Ergebnis unserer Partei in Sachsen ins Verhältnis zu den Ergebnissen in anderen ostdeutschen Flächenländern gesetzt werden. Zunächst ein Blick auf die Zahlen²:

Land	Ergebnis DIE LINKE in % der Wahlberechtigten										Ergebnis der AfD in % der Wahlberechtigten	
	2017	2013	2009	2005	2017 - Veränderung als Differenz			2017 - Veränderung in %			2017	2013
					im Vgl. zu 2013	im Vgl. zu 2009	im Vgl. zu 2005	im Vgl. zu 2013	im Vgl. zu 2009	im Vgl. zu 2005		
MV	12,5%	13,8%	18,0%	16,5%	-1,3%	-5,5%	-4,1%	-9,7%	-30,5%	-24,5%	13,0%	3,6%
BRB	12,5%	15,1%	18,6%	19,6%	-2,6%	-6,1%	-7,1%	-17,3%	-32,9%	-36,3%	14,7%	4,0%
LSA	11,9%	14,6%	19,2%	18,5%	-2,7%	-7,3%	-6,5%	-18,5%	-37,9%	-35,5%	13,2%	2,6%
SN	12,0%	13,7%	15,7%	17,0%	-1,7%	-3,7%	-5,0%	-12,6%	-23,6%	-29,3%	20,1%	4,6%
TH	12,4%	15,7%	18,5%	19,3%	-3,4%	-6,2%	-7,0%	-21,5%	-33,4%	-36,1%	16,7%	4,1%

Wie zu sehen ist, sinkt unser Anteil, den wir bezogen auf die Wahlberechtigten erzielen, seit 2005 kontinuierlich, was sich in Thüringen und Brandenburg ähnlich darstellt, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt hingegen erst seit 2009 der Fall ist (wobei diese beiden Länder von 2009 auf 2013 dann umso kräftiger verloren haben).

Bei der Bundestagswahl 2017 haben DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowohl in der Differenz (-1.3 und -1.7 Prozentpunkte) als auch Prozentual (-9.7% und -12.6%) die niedrigsten Verluste, wobei MV das Land mit dem niedrigsten Stimmenanteil für die AfD ist (13%) und Sachsen das Bundesland mit dem höchsten Stimmenanteil für die AfD (20.1%). Auch im Vergleich der Bundestagswahl 2017 zu 2009 verlieren diese beiden Länder am wenigsten (wobei Sachsen hier noch weniger verliert als MV) und im Vergleich zu 2005 stellt sich das Bild wie zu 2013 dar (geringste Verluste MV, zweitgeringste Verluste SN).

Warum nun ist das von Interesse? Nun, ein kontinuierlicher Verlust seit 2005 wird keineswegs gut zu bewerten sein, nur weil er weniger dramatisch ausfällt als in drei der insgesamt vier anderen Ost-Flächenländer oder weil „die anderen“ auch verloren haben (Scheiße am Schuh wird ja auch nicht netter, nur weil andere auch reintreten). Allerdings legen diese Beobachtungen den Schluss nahe, dass es sich um ein *gemeinsames* Problem der Ost-Landesverbände handelt, wie das Abschneiden bei der Bundestagswahl 2017 insgesamt, wo sich alle fünf Ost-Landesverbände auf einem Niveau von 11.9% bis 12.5% der Stimmen bewegen. Vor allem aber legen diese Zahlen eine These nun wahrlich überhaupt nicht nahe: Dass das Ergebnis ein irgendwie spezifisches

² Einige methodische Bemerkungen: Ich habe statt mit dem Anteil an gültigen Stimmen (klassische Angabe) oder dem Operieren mit absoluten Stimmenzahlen mit dem Anteil der Stimmen gearbeitet, den DIE LINKE bezogen auf alle Wahlberechtigten erhalten hat. Warum? Weil die klassische Angabe (Anteil an abgegebenen gültigen Stimmen) nichts über unsere reale Mobilisierung aussagt. Deshalb wird gerne mit absoluten Stimmen gearbeitet – die allerdings sind anfällig für Bevölkerungsbewegungen (und damit meist Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten). Die Verwendung des Stimmenanteils bezogen auf die Wahlberechtigten eliminiert diese beiden Nachteile. Ich habe ferner die Ergebnisveränderungen im Vergleich zu anderen Wahlen nicht nur als Differenz angegeben, sondern auch prozentual. Warum? Weil ein Verlust von bspw. 5 Prozentpunkten bei einem vorherigen Stimmenanteil von 10% etwas anderes ist, als bei einem vorherigen Stimmenanteil von 50%. Anders gesprochen: Wer höher sitzt, kann tiefer fallen. Das sollte man berücksichtigen.

„Versagen“ des Landesverbandes Sachsen sei, denn das setzte logisch voraus, dass in Sachsen spezifische Dinge passiert sind (Handlungen) die zu spezifischen Ergebnissen geführt hätten – letzteres ist jedoch nicht der Fall.

Interessant bleibt im Übrigen, dass obwohl die AfD als neuer Akteur im Parteiensystem seit der Wahl 2013 in Sachsen über ein Fünftel (und damit deutlich mehr, als in den anderen Ost-Ländern) der Wahlberechtigten mobilisieren konnte, DIE LINKE in Sachsen seit genau diesem Zeitpunkt die geringsten Verluste eingefahren hat.

Phrasen statt Vorschläge

Das LKS-Papier sagt von sich selbst, es sei „kurzgehalten und thesenhaft zugespitzt“ und kritisiere „eingefahrene Rituale“ und Substanzlosigkeit, hangelt sich jedoch weitgehend selbst an allseits bekannter Parteiphraseologie entlang: Man müsse das eigene „Profil weiter schärfen“, es müsse ein „strategische[r] Neuanfang“ vollzogen werden, „die theoretische und konzeptionelle Arbeit“ soll „auf ein neues Niveau“ gehoben und „unsere Oppositionsarbeit verstärkt“ werden. Es brauche „die Formierung einer breiten außerparlamentarischen Opposition“ und überhaupt müsse „tiefgründiger analysiert und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden“. Die Kunst, diese Dinge so zu sagen, besteht darin, dass es nach „Jawoll, jetzt geht’s los!“ und „Da rappelt’s in der Bude!“ klingt, ohne dass man sich angreifbar macht – einfach weil die konkrete Untersetzung fehlt. Damit ist es leider nicht die Methode Sanders oder Labour, sondern die Methode Schulz vor der und die Methode SPD nach der Wahl: Mit markigen aber gleichsam allseits beliebten Worten von „Neuanfang“ sprechen, aber das a) nicht inhaltlich und methodisch konkret untersetzen und b) am Ende vermutlich das Personal, was genauso lang dabei ist, wie anderes Personal (Nahles etc.) als „neu“ zu verkaufen.

Wer nun einwenden will „Halt, Moment! Am Ende seines Papiers macht der LKS doch konkrete Vorschläge!“ dem oder der sei mit weit aufgerissenen Augen ein „Hä?“ entgegengehalten. Wenn Analysen einfach nur „tiefgreifender“, wenn die „Anwesenheit von Mandatsträger[*innen] vor Ort“ einfach nur „mehr“, wenn „Vernetzung mit außerparlamentarischen Bewegungen“ einfach nur „stärker“, wenn „Zusammenarbeit mit Gewerkschaften“ einfach nur „enger“, die „Mitgliedergewinnung unter Frauen“ und die „Kooperation zwischen den Landesverbänden“ einfach nur „verstärkt“ sein soll, wenn es um „Rückeroberung“, „Rückbesinnung“ und „Wiedergewinnung“ geht ist damit noch kein einziges Projekt, kein einziger Schritt wirklicher Bewegung beschrieben oder erfunden.

Die einzigen Vorschläge, die irgendwie konkret werden, standen entweder schon zur Debatte, sind bereits eh in der Umsetzung begriffen oder sind unstrittig:

- **Wichtige Personalentscheidungen durch Mitgliederentscheid:** Hört, hört! Das ist aber sehr interessant, denn auf dem 9. Landesparteitag in Dresden im Herbst 2013 schlug der Landesvorstand in seinem Leitantrag³ eine Alternativabstimmung vor, bei der 2 von 3 Optionen vorsahen, eine Mitglieder- und Sympathisant*innenbefragung zur Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2014 durchzuführen. Mindestens ein wesentlicher Akteur des LKS sprach sich damals – Überraschung – gegen diese Varianten aus.
- **Volksentscheid längeres gemeinsames Lernen:** Das ist seit längerem schon eine Debatte im Landesverband. Die Landtagsfraktion hat vor diesem Hintergrund unlängst eine repräsentative Befragung durchgeführt. Da wird gefordert, was unstrittig ist. Genau genommen ist es seit der 1. Tagung des 14. Landesparteitags sogar schon Beschlusslage.⁴

Natürlich steht in dem Papier auch etwas richtiges, gleichwohl unumstrittenes:

- 1.) DIE LINKE findet sich, als kleinste Oppositionspartei und mit einer nach „links blinkenden SPD“ in einer neuen Situation auf Bundesebene.

³ Antrag A.2, ab Zeile 129. Online hier: <http://gleft.de/1Wa>

⁴ Im beschlossenen Antrag C.3 heißt es: „Aus diesem Grunde sollte schon jetzt der Versuch unternommen werden, alle die für ein längeres gemeinsames Lernen in Sachsen offensiv streitenden Vereine, Verbände, Interessenvertretungen und deren Akteur*innen für eine gemeinsame Initiative für das Zustandekommen eines Volksantrages [...] zu gewinnen. DIE LINKE. Sachsen ist dazu bereit aktiv mitzuwirken.“

- 2.) Es ist falsch, in der öffentlichen Auseinandersetzung auf eine Kommunikationsstrategie zu setzen, die das Bild „alle gegen die AfD“ bedient.

Schade ist allerdings, dass der Liebknecht-Kreis mit der Verwendung des Extremismusbegriffs (im Papier wird von Rechtsextremen gesprochen) der jahrelangen Gleichsetzungsstrategie der sächsischen Union und anderer Vorkämpfer*innen gegen links auf den Leim geht.

Haltlose Vorwürfe: Die Methode Trump

Der LKS wirft dem Landesvorstand (damit vermutlich auch seinen eigenen Mitgliedern in eben jenem Gremium) zahlreiche Punkte vor, von denen ich auf einige eingehen möchte. Ich möchte vorneweg schicken, dass die Art und Weise, wie seitens der Verfasser*innen Vorwürfe a) ohne jedweden Beleg oder zumindest Beispiel genannt und/oder b) schlichtweg erfunden werden, wirklich atemberaubend ist. Das ist die „Methode Trump“: Möglichst krawallig im Zweifel auch schlichtweg erfundene Vorwürfe in die Debatte blasen. Das funktioniert leider: Denn selbst wenn einzelne Vorwürfe entkräftet werden, bleibt trotzdem etwas hängen.

Doch nun zu einigen der vom LKS vorgebrachten vermeintlichen Fehler des Landesvorstandes:

- *unzureichend aufgearbeitete Wahlniederlagen in der Vergangenheit (insbesondere die Landtagswahl 2014);*

Was meint „unzureichend aufgearbeitet“? Welche anderen Wahlen außer der benannten Landtagswahl sind gemeint? Was ist eine „zureichende Aufarbeitung“? Gab es entsprechende Vorlagen?

- *die langjährige Unterstützung des rot-rot-grünen Illusionstheaters in anderen ostdeutschen Ländern und die darauf basierende personalpolitische „Partizipation“;*

Wie wurde das „Illusionstheater“ unterstützt und warum ist es „Illusionstheater“? Wie passt das zur an anderer Stelle geforderten Verstärkung der Kooperation zwischen Landesverbänden, oder sollen die an Regierungen beteiligten ‚Arbeitverräter-Landesverbände‘ davon explizit ausgeschlossen werden?

- *eine verfehlte Personalentwicklung durch strikte innerparteiliche Ausrichtung aller „Beförderungen“ am „forum demokratischer sozialismus“ (fds);*

Was meint „Beförderungen“? Und welche Mitglieder des fds (derer es in Sachsen mit Stand vom Januar 2017 ganze 44 gibt) sind wohin „befördert“ worden? Und meint es auch die Beförderungen von LKS-Mitgliedern in den Landesvorstand, die Beförderung mindestens eines LKS-Mitglieds zum Bundestagsabgeordneten, zur Kreisgeschäftsführerin, zum Kreisvorsitzenden und so weiter... In der Landtagsfraktion gibt es darüber hinaus wohl mindestens 5 Mitglieder des LKS – aber nur eines des fds.⁵ Und: Es sei die Frage gestattet, ob die Beförderung wenigstens nach allgemeinen Beförderungsbedingungen und mit gültigem Fahrausweis erfolgte.

- *inhaltliche und strategische Verödung durch eingefahrene Rituale auf den Landesparteitagen (u.a. Debatten und Beschlüsse zu substanzlosen Leitanträgen);*

Die „Rituale“ auf dem Parteitag sind in den letzten Jahren tatsächlich eher aufgebrochen worden, man erinnere an die entsprechenden Änderungen der Geschäftsordnung, Podiumsdebatten etc. Was die Leitanträge angeht, kennen wir alle das Problem: Gibt es keine, gibt’s Beschwerden. Gibt es lange, sind sie zu lang. Gibt es kurze, gibt’s sofort Änderungsanträge, die völlig unstrittige Sachen („Da fehlt der Frieden!“, „Da fehlt die Umwelt!“, „Da fehlt Antifaschismus!“, „Da fehlt Gender!“) wieder reinschreiben wollen – das kennt der LKS recht gut, schließlich kommen auch aus genau seinen Reihen zum Teil solcherlei Anträge. So viel zu Verödung und Ritualhaftigkeit. Die andere Frage, die sich der LKS stellen muss, ist natürlich, welche inhaltlich spannenden Angebote er selbst auf den Landesparteitagen eingebracht hat und was genau seine Mitglieder im Landesvorstand an substantziellen Vorschlägen und Mitarbeit geleistet haben.

- *überproportionale Betonung kultureller und identitätspolitischer Themen jenseits der realen Alltagswelt der Bevölkerungsmehrheit (z.B. Laizismus), wobei derartige Themen im Strauß*

⁵ Vorausgesetzt, es sind keine Mitglieder aus dem LKS ausgetreten.

linker Politik weder fehlen noch systemische Verteilungsfragen überlagern dürfen;

D'accord: Natürlich soll der Laizismus Verteilungsfragen nicht überlagern – das sieht vermutlich auch niemand anders. Gleichzeitig soll er, wie ja geschrieben steht, im Themenstrauß nicht fehlen, sei aber „überproportional“ betont gewesen. Es stellt sich die Frage, woran die Autor*innen das festmachen? An der Anzahl der Presseartikel? Wohl kaum. An der Anzahl der Anträge? An André Schollbachs guter Arbeit im Landtag, dieses Thema betreffend? Also, Rückfrage: Wer hat wann und wodurch das Thema überproportional betont?

- *Denk- und Diskussionsverbote sowie Denunziationen oppositioneller Auffassungen bei ausgewählten Themen mit Alleinstellungsmerkmal (z.B. Friedenspolitik);*

Zu behaupten, es gäbe „Denk- und Diskussionsverbote“, wo es keine gibt (oder lediglich artikulierten Widerspruch, was übrigens notwendige Voraussetzung für eine Diskussion ist!) erinnert sprachlich eher an eine andere Partei. Wo ist wem das Denken verboten worden und welche Gedankenlesemaschine kam da zum Einsatz? Wo wurden wann und durch wen welche Diskussionen verboten? Wo wurden welche „oppositionellen Auffassungen“ durch wen denunziert und was waren diese Auffassungen und warum waren sie „oppositionell“ – und oppositionell zu was?

- *Abbau des innerparteilichen Pluralismus und basisdemokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitgliedschaft (u.a. Einschränkung der landesweiten Zusammenschlüsse);*

Die vermeintliche „Einschränkung der landesweiten Zusammenschlüsse“ sei ein Beispiel unter anderen für den „Abbau des innerparteilichen Pluralismus und basisdemokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten“. Die erste Frage ist also: Was sind die anderen Beispiele? Wo ist durch welche Entscheidungen a) der innerparteiliche Pluralismus und/oder b) die Basisdemokratie eingeschränkt worden?

Hinzu kommt: Der Landesvorstand hat sich aktiv für die Stärkung von Mitwirkungsmöglichkeiten eingesetzt. Hier sind zu nennen:

- a) Die Regionalkonferenzen zum Bundestagswahlprogramm waren nicht nur „unverbindliche Laberrunden“ sondern hatten erstmals die Möglichkeit, eigene Änderungsvorschläge konkret zu Abstimmung zu stellen, die der Landesvorstand als Antragssteller dann beim Bundesparteitag einreicht.
- b) Der erste „Tag der Mitglieder“ im Jahr 2016 bot allen landesweiten Zusammenschlüssen die zentrale Möglichkeit, sich den zahlreichen Neumitgliedern vorzustellen. Ein Angriff auf den Pluralismus? Wohl kaum.
- c) Auf Landesparteitagen wurde durchgesetzt, dass die Redner*innen gelost werden. Ferner wurde in die Geschäftsordnung eine Regelung aufgenommen, nach der zukünftig nicht nur „einfache“ Delegierte bei Überziehung der Redezeit abgeklingselt werden, sondern auch die „Parteiromis“.
- d) Auf Bundesebene (Bundesparteitag) wurde auf Initiative des sächsischen Landesvorstands etwas Analoges beschlossen – eine Stärkung der Rechte der Delegierten.
- e) Ferner hat sich der Landesvorstand für einen basisdemokratischen Mitgliederentscheid auf Bundesebene zum Thema „BGE“ eingesetzt (ohne sich damit inhaltlich in dieser Frage zu positionieren!)
- f) Der Landesvorstand hat eine Initiative auf Bundesebene eingebracht, die auch beschlossen worden ist, nach der Mitgliederentscheide künftig einfacher und ressourcentechnisch „günstiger“ durchgeführt werden können sollen: Durch einen optionalen Online-Mitgliederentscheid.
- g) Auf dem 9. Landesparteitag hat der Landesvorstand (siehe Abschnitt weiter oben) eine Mitgliederbefragung zu Spitzenkandidaturen und Themen zur Landtagswahl 2014 vorgeschlagen.

Doch zurück zum Vorwurf des Liebknecht-Kreises, die landesweiten Zusammenschlüsse (LwZ) seien „eingeschränkt“ worden: Das einzige nennenswerte, was in diesem Bereich passiert ist, war ein Beschluss zur Aktualisierung von Mitgliederlisten. Das kann man doof finden (z. B. weil es mit etwas Aufwand verknüpft ist), kann man aber auch als Beitrag zu Fairness zwischen den LwZ verstehen: So lange nämlich bereits lang bestehende Zusammenschlüsse auf „Karteileichen“ hocken, werden neue Zusammenschlüsse, die ggf. noch wenige Mitglieder und keine Karteileichen haben, benachteiligt. In den letzten Jahren haben sich zudem

erfolgreich zahlreiche neue Zusammenschlüsse gegründet und sind anerkannt worden, z. B. der Liebknecht-Kreis und die LAG Deutsch-Russische Freundschaft. Von „Einschränkung der landesweiten Zusammenschlüsse“ kann also nicht die Rede sein.

- *vernachlässigte Bürgernähe; Entfremdung der Parteiinteressen von den Alltagsinteressen der arbeitenden Bevölkerung und der Stimmungen, Sehnsüchte und Gefühle der breiten Mehrheit; gleichzeitig Geringschätzung des politischen Potentials der von dieser Gesellschaft sozial "Abgehängten" (z.B. 1. Mai-Losung der Linksjugend „Freizeit und Kuchen statt Arbeit und Brot“);*

Rückfragen dazu: Welche „Bürgernähe“ wurde an welcher Stelle durch wen „vernachlässigt“? Was sind die „Sehnsüchte und Gefühle“ der „breiten Mehrheit“ und inwiefern hat eine „Entfremdung“ stattgefunden? Wann setzte dieser „Entfremdungsprozess“ ein? Und: Wer schätzt welches Potential der „sozial abgehängten“ falsch ein? (Übrigens: Ich teile die These der Entfremdung des professionellen Politikbetriebs von gleich mehreren Entitäten, aber ich würde niemals auf die wirklich reichlich verrückte Idee kommen, dies sei die Schuld des Landesvorstandes.)

Im Übrigen wird hier eine „Losung“ „der Linksjugend“ a) falsch zitiert und b) handelt es sich konkret um ein (in Zahlen: 1) Banner einer (in Zahlen: 1) Ortsgruppe (!) der Linksjugend.

- *abgehobene Sprache linker Politik, von der sich die Massen nicht mehr angesprochen fühlen, bei gleichzeitiger Selbstzensur im Hinblick auf ein freches, zugespitztes und emotionales Auftreten;*

Das beinhaltet auf jeden Fall auch die richtige Feststellung, dass wir ein Sprachproblem haben. Das jedoch hat zahlreiche Facetten wie Gründe, auf die einzugehen hier zu viel Platz einnehmen würde. Ob es jedoch *die eine* Sprache gibt, mit der sich „die Massen“ ansprechen lassen, wage ich zu bezweifeln – ebenso, ob der Duktus des Papiers des LKS einen Vorschein auf eine bessere Sprache sein kann.

Fazit

Der Text des LKS beinhaltet, wie dargestellt, offenkundige Fehler, unbelegte Unterstellungen und Diffamierungen. Das ist bei aller Liebe für harte Auseinandersetzungen und leidenschaftliche Debatten wirklich nicht in Ordnung. Bei ein paar Äußerungen gehen das jeweils Postulierte und die reale Praxis der letzten Jahre einiger der Autor*innen so weit auseinander, dass man sich wirklich fragen muss, wie das psychologisch funktioniert. Wer meinen Beitrag irgendwie als zu harsch empfindet sei gesagt, dass nachwievor gilt, dass wer austellt, auch einstecken können muss.